

DER TAGESSPIEGEL

Airbus

Die unsichtbare Hand

VON URSULA WEIDENFELD

Die Krise der europäischen Luftfahrtfirma Airbus bringt vieles ins Wanken. Nicht nur in den deutschen Unternehmensteilen herrscht wegen der Richtung, die die Sanierungsdebatte genommen hat, Unbehagen und Angst. Auch in der Wirtschaftspolitik werden die Stimmen lauter, die eine aktivere Rolle des Staates in der Angelegenheit fordern. Muss der deutsche Wirtschaftsminister die Airbus-Sanierung markanter begleiten? Sollte die Kreditanstalt für Wiederaufbau wenigstens einen Teil des 33-prozentigen Anteils übernehmen, den Daimler-Chrysler als deutscher Großaktionär loswerden will? Diese Fragen stehen nicht für sich – sie stehen vor dem Hintergrund einer ausgesprochen hemdsärmeligen und robusten Interessenpolitik, die Frankreich im Fall Airbus an den Tag legt.

Am besten wäre ein Aktionär, der die Firma als Ganzes saniert – keiner aus Frankreich

Eines ist klar: Der Staat als Unternehmer und Anteilseigner hat in der Vergangenheit nicht gerade segensreich gewirkt. Staatsunternehmen oder solche, bei denen der Staat schnell mit Sanierungsgeld zur Hand war, haben die Erwartungen an eine schnelle Genesung nur selten erfüllt. Auch bei Airbus ist nicht anzunehmen, dass es dem Unternehmen gut bekommt, wenn neben dem französischen auch noch der deutsche Staat eine industriepolitische Suppe kocht. Und: Wer sollte den Einstieg bezahlen? Der Steuerzahler? Ein Szenario, das man sich schwer vorstellen kann – und das für Mitarbeiter der ehemaligen Siemens-Handysparte, die nach dem Verkauf doch vor dem Aus steht, wie blanker Hohn aussehen muss.

Dennoch darf Wirtschaftsminister Michael Glos sich nicht darauf verlassen, dass es am Ende die unsichtbare Hand des Wettbewerbs schon richten wird. Deutschland und Frankreich müssen eine Strategie finden, wie sie der Grundlagenvertrag über EADS vorsieht: eine einvernehmliche. Das Beste für die deutschen Anteile, die im Augenblick bei Daimler-Chrysler liegen, wäre ein neuer Aktionär, der das Unternehmen als Ganzes saniert – und nicht auf der politischen Landkarte. Deshalb wäre es schon gut, wenn der nicht gerade aus Frankreich käme.

— Seite 15

STUTTMANN



Vorausieilende Resignation

Kurt Beck und die Unterschicht: Macht Hartz IV wirklich faul?

VON GERD APPENZELER

Macht die große Koalition depressiv? Oder kommt man als SPD-Vorsitzender zu Einsichten, die einem Ministerpräsidenten ohne höchste Parteiweihen verschlossen waren? Kurt Beck hat am Wochenende deutlicher denn zuvor ein wachsendes Unterschichtenproblem in unserem Land beklagt. Es gebe zu viele Menschen, die keinerlei Aufstiegshoffnungen mehr hätten und sich materiell und kulturell in dieser Selbstbescheidung einrichteten, sagte er der „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“. Sie interessierten sich auch nicht mehr dafür, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass ihre Kinder das Leben erfolgreich meistern könnten.

Der Wunsch von Eltern, dass es ihren Kindern einmal besser gehen möge, ist eine der stärksten Antriebskräfte für sozialen Aufstieg. Vater und Mutter von Kurt Beck – er ist Jahrgang 1949 – taten sich damit vermutlich leichter als viele Eltern heute. Ihr Sohn trat in einer Zeit der Vollbeschäftigung ins Berufsleben. Heute dagegen, in der Ära der Globalisierung und nach dem Zusammenbruch der Blöcke, gelten alte Gewissheiten nicht länger. Den Eisernen Vorhang, auf dessen richtiger Seite man vor 1989 nur geboren werden musste, gibt es nicht mehr. Jugendarbeitslosigkeit ist eine drückende Perspektive für viele Schulabgänger. Staat und Wirtschaft gelingt es nur in mühsamer Klein-Klein-Arbeit, Verbesserungen zu erreichen – wer wüsste das besser als der Ministerpräsident eines eher mittel-

ständig strukturierten Bundeslandes? Und einen anderen Ausweg als den Wegzug würde Kurt Beck einem Jugendlichen aus Mecklenburg-Vorpommern auf der Suche nach einer Lehrstelle auch nicht aufzeigen können. Aber kann man aus einer zugegeben schwierigen Ausgangslage wirklich nur den Schluss der vorausieilenden Resignation ziehen? Gibt Hartz IV, bei aller Klage über die Beschränktheit der Mittel, doch so viel persönlichen Spielraum, dass es interessanter sein kann, sich darin einzurichten, als einen Ausweg zu suchen? Das ist offenbar nicht selten. Da sind zum Beispiel jene Sozialhilfe-Karrieren in Großstädten, bei denen die Arbeitslosigkeit genauso klagewieperspektivlos in die nächste Generation weitergereicht wird. Aber Unternehmen, die viel mit Arbeits-

losen zu tun haben, berichten ganz im Gegenteil, dass der weitaus größte Teil der Arbeitslosen an einer geregelten Tätigkeit brennend interessiert ist. Bei Freiwilligenagenturen engagieren sich zum Beispiel zu mehr als 40 Prozent Arbeitslose. Immer noch aber schämen sich viele Menschen sowohl ihrer Arbeitslosigkeit als auch der damit verbundenen Armut, berichten karitative Organisationen. Wie man aus dieser Misere herauskommt, weiß Kurt Beck aber auch. Ohne Leistungswillen geht es nicht, sagt er, Leistung müsse sich eben wieder lohnen. Endlich die Voraussetzungen dafür zu schaffen, wäre ein schönes Betätigungsfeld für eine große Koalition, die nicht nur Kurt Beck depressiv stimmt.

— Seite 4

PORTRÄT



DONALD TUSK
POLNISCHER OPPOSITIONSCHIEF:

„Polen braucht Neuwahlen“

Der Mann der freundlichen Worte zeigt sich in ungewöhnlicher Angriffslaune. Polen brauche eine Regierung, die in der Welt geschätzt werde und für die man sich „nicht schämen“ müsse, begründet Oppositionschef Donald Tusk seine Forderung nach einem frühzeitigen Urnengang. Seine Landsleute benötigten Normalität: „Wir wollen Neuwahlen – und eine bessere Regierung.“

Heute will der Chef der rechtsliberalen Bürgerplattform (PO) darum die Selbstauflösung des Parlaments beantragen, voraussichtlich am Freitag wird abgestimmt. Doch auch wenn Premier Jaroslaw Kaczynski von der nationalkonservativen PiS nach dem Rauswurf der Bauernprotestpartei Samoobrona noch immer nach einer neuen Koalitionsmehrheit fahndet, gelten die Erfolgsaussichten der Attacke als gering. Denn nur wenn 300 der 460 Abgeordneten für den Antrag votieren, könnten die Polen noch in diesem Jahr zu den Urnen schreiten. Ohne Stimmen von PiS-Abgeordneten lässt sich das kaum verwirklichen. Zwar sind die Winkelmzüge von Kaczynski kaum vorhersehbar. Doch angesichts fallender Umfragewerte setzt er eher auf Zeit.

Wie die Kaczynski-Zwillinge war Tusk bereits als Geschichtsstudent zu Zeiten der sozialistischen Volksrepublik im Untergrund aktiv, zählte aber zum liberalen Flügel der Gewerkschaftsbewegung Solidarnosc. Nach der Wende von 1989 war er stellvertretender Vorsitzender der liberalen Freiheitsunion (UW). Obwohl seine Großeltern in den Konzentrationslagern Stutthof und Neuengamme einsaßen, machte sich der zu der Minderheit der Kaschuben zählende Tusk stets für eine Aussöhnung mit den Nachbarn stark: Der deutschen Vorkriegsgeschichte seiner Geburtsstadt widmete der 49-Jährige in den 90er Jahren gar einen selbst zusammengetragenen Fotoband.

2001 gründete er mit Gleichgesinnten die wirtschaftsliberale PO. Zwar entwickelte sich die Partei unter seiner Führung zur stärksten Oppositionspartei, musste aber als Favorit im Wahlherbst 2005 zwei empfindliche Niederlagen kassieren: Sowohl bei der Parlamentswahl als auch bei der Präsidentschaftswahl triumphierte die von den Kaczynski-Zwillingen geführte PiS. Vermutlich wird sich der oft als „zu weich“ kritisierte Tusk mit dem ersehnten Sprung an die Macht noch ein wenig gedulden müssen. Die Hoffnung auf seinen ersten Wahltriumph hat der zweifache Familienvater angesichts steigender Popularitätswerte keineswegs aufgegeben. THOMAS ROSER

Ein General gegen die Bürokratie

Chefdiplomat, Verkünder und Verteidiger der Werte der UN-Charta sowie Topmanager einer sorgengeplagten Verwaltung: es sind gleich drei Jobs, die Ban Ki Moon als neuer UN-Generalsekretär übernimmt. Wie gut er diese Rollen zu kombinieren vermag, wird wesentlich den Erfolg seiner Amtszeit bestimmen. Der Koreaner täte gut daran, aus den Erfahrungen seines Vorgängers zu lernen: Kofi Annan hat einen hohen Preis dafür gezahlt, dass er die Führung und Reform der krisengeschüttelten UN-Bürokratie über weite Teile seiner Amtszeit vernachlässigte.

Ban will den Umbau der Bürokratie in den Mittelpunkt seiner Arbeit stellen. Er verspricht, „die Organisationskultur zu reformieren, die Verantwortlichkeit zu erhöhen und Ethikstandards zu verschärfen“. Die Mitgliedstaaten forderte er auf, dem UN-Sekretariat mehr Flexibilität im Tausch für bessere Erfolgskontrolle zuzuge-

stehen. Die Abwehrfront vieler der 132 in der so genannten „Gruppe der 77“ (G77) organisierten Staaten hat sich bereits formiert. Diese Staaten fürchten um Pfründe, Prestige und Einfluss und stellen sich gegen eine grundlegende Reform des Sekretariats, etwa eine flexiblere Budgetpolitik.

Der neue Mann ist auf Deutschlands Unterstützung bei seinen Reformbemühungen angewiesen. Deutschland sollte seine guten Kontakte zu vielen G-77-Staaten nutzen, um deren Abwehrfront zu durchbrechen. Gleichzeitig sollte Deutschland im europäischen Verbund aktiv zur Stärkung der UN-Verwaltung beitragen. Das entspricht auch den Lehren aus der deutschen UN-Politik in der Ära Annan. Nicht das zwischenzeitlich leicht zwanghafte Rütteln am Tor des Sicherheitsrats setzte positive Akzente. Vielmehr waren es konkrete Initiativen zur Stärkung der UN-Arbeit, die Deutschland politisches Kapi-

tal eingebracht und gleichzeitig die UN gestärkt haben. Hierzu gehört Deutschlands richtungweisende Unterstützung der Zusammenarbeit der UN mit Wirtschaft

intensivieren. Mit zukünftig fast 140 000 im Feld eingesetzten Mitarbeitern ist der UN-Apparat stark überdehnt. Gegenwärtig verfügen die UN nicht über ausreichende

lungsarbeit vor Ort kohärenter und schlagkräftiger zu gestalten. Hierzu gehört die Umsetzung der „Four Ones“: ein Programm, ein Budget, ein gemeinsamer Evaluierungsrahmen und ein mit allen nötigen Befugnissen ausgestatteter Vor-Ort-Koordinator für jedes Land. Dabei sollte Deutschland mit gutem Beispiel vorangehen: Effektive Koordination beginnt daheim zwischen der Vielzahl von beteiligten Ministerien.

Das alles sollte mit einem Perspektivwechsel in der Betrachtung der UN hierzulande einhergehen. Das weit verbreitete Wohlwollen gegenüber der UN ist ein Pfund, mit dem Deutschland wuchern kann. Kehrseite der Medaille ist allerdings, dass die UN-Verwaltung unter dem Generalverdacht des Gutmenschentums steht. Wer Kritisches über die Arbeit der UN-Verwaltung verbreitet, gilt allzu leicht als Nestbeschmutzer. Diese Einstellung ist kontraproduktiv. Denn: Nur wer

die Schwächen der Arbeit schonungslos aufdeckt, kann gezielt und glaubwürdig für in der Tat dringend notwendige zusätzliche Steuergelder für die Arbeit der UN werben.

Eine solche wohlwollende, aber differenzierende Analyse sind wir den Soldaten und den zivilen Mitarbeitern, die unter schwierigsten Umständen für die Ziele der UN-Charta einstehen, sowie allen, die auf die Hilfe der Weltorganisation zählen, schuldig. Eine Kombination aus Grundsympathie und nüchterner Analyse ist zudem am besten geeignet, den neuen UN-Chef bei der Verwirklichung seines Credo zu unterstützen, dass „die besten Tage unserer globalen Organisation noch vor uns liegen“.

— Der Autor ist stellvertretender Direktor des Global Public Policy Institute, einem unabhängigen Forschungsinstitut mit Sitz in Berlin und Genf.

POSITIONEN

Wie Deutschland dem künftigen UN-Chef Ban helfen kann

VON THORSTEN BENNER



und Zivilgesellschaft im Rahmen des Global Compact und öffentlich-privater Partnerschaften. Diese erfolgreiche Politik sollte Deutschland weiterführen. Zudem sollte Deutschland die Unterstützung der UN-Arbeit im Bereich Friedenskonsolidierung

Mechanismen, um systematische Lehren aus den Fehlschlägen und Erfolgen laufender und abgeschlossener Missionen zu ziehen. Akzente setzen sollte Deutschland auch bei der Stärkung der UN-Entwicklungsarbeit. Das heißt auch, die stark zerfaserte Entwick-

Sudoku und Kakuro

Ihre persönliche Herausforderung an Ihre Logik und Kombinationsgabe

Zahlenspiele für Kreuz- und Querdenker – jeden Tag in Ihrem Tagesspiegel!



Sudoku: Füllen Sie die leeren Felder so aus, dass in jeder Zeile, in jeder Spalte und in jedem 3x3-Kästchen alle Zahlen von 1–9 stehen.

Kakuro: Tragen Sie Zahlen von 1–9 ein. Die Zahlen einer Reihe müssen die Gesamtsummen ergeben, die in den schwarzen Kästchen links davon bzw. darüber vorgegeben sind. Die Zahlen dürfen sich innerhalb einer Zahlenfolge nicht wiederholen.

www.tagesspiegel.de/sudoku
www.tagesspiegel.de/kakuro

Jetzt bestellen: 200 Sudoku- und Kakuro-Rätsel für je 6,95 €
www.tagesspiegel.de/shop

schwer

				4	7	8		
9		8			2	1		
				5		9		
	2		8					
	9	1			3			2
	4							7
		3		8		2	4	
				3	4	7		
							6	3

schwer

	16	14				33	17	9
13				28	8			
34								
19								15
		14			3			
				16				10
		11	8					
37								
24							10	

Die Lösungen vom 9. 10.

2	8	4	3	5	1	6	7	9
9	1	6	7	8	2	5	3	4
7	5	3	4	9	6	2	1	8
1	4	9	6	3	5	8	2	7
5	3	7	2	1	8	4	9	6
6	2	8	9	7	4	3	5	1
8	9	5	1	4	3	7	6	2
3	6	1	8	2	7	9	4	5
4	7	2	5	6	9	1	8	3